

CDU fordert fünf statt vier Bahnen

Christdemokraten legen zum geplanten neuen Kombibad ein Positionspapier vor. Die Stadt soll auch prüfen, welche Einsparungen bei den Betriebskosten ein kleineres Außenbecken brächte

Voerde. Die CDU legt ein Positionspapier zum geplanten Bau eines neuen Kombibades auf dem Freibadgelände vor, in dem sie unter anderem aus ihrer Sicht zu setzende Schwerpunkte und zu erfüllende Mindestbedingungen formuliert. Nach eigenen Angaben hat sie dazu im Vorfeld Gespräche geführt, dadurch Standpunkte, Meinungen und Interessen des Fördervereins „Voerder Bäder“, der DLRG Voerde und des TV Voerde aufgenommen.

Basis der weiteren Diskussion und Beratung bilden die beiden Ausführungsvarianten, die in der Machbarkeitsstudie des von der Stadt beauftragten Architekturbüros aufgezeigt werden. Der erste Entwurf beinhaltet eine umfangreichere Ausstattung als der zweite. Dieses Bad würde etwa, anders als die Alternative, über ein Erlebnisbecken, eine Textilsauna und eine Gastronomie verfügen. Der zweite Entwurf ist deutlich abgespeckt: Das Bad würde ebenfalls ein Außenbecken bieten. Dafür aber würde das bestehende Schwimmbecken im Freibad verkleinert und modernisiert. CDU-Chef Frank Steenmanns geht davon aus, dass es am Ende auf einen Mittelweg zwischen beiden Varianten, „basierend auf Variante 2“ hinauslaufen wird, wie er im Gespräch mit der NRZ erklärt.

In puncto des dabei weiter genutzten Außenbeckens im heutigen Freibad möchten die Christdemokraten geprüft wissen, inwiefern sich durch ein Verschmälern von sechs auf gegebenenfalls vier Bahnen (oder fünf) à 25 Meter Einsparungen bei den dauerhaften Betriebskosten erzielen ließen. Den (Früh-)Schwimmern bliebe so immer noch die Möglichkeit zum tatsächlichen Schwimmen und an heißen Tagen im Sommer stehen den Kindern und Jugendlichen eine ausreichend große Schwimm- und Badfläche zur Verfügung, „zumal im Gegensatz zu heute ein



Das neue Bad soll auf dem Freibadareal entstehen.

FOTO: HANS BLOSSEY / FFS

gleichzeitiger Betrieb von Hallenbad und Außenbecken in den Sommermonaten beabsichtigt“ sei, argumentieren die Christdemokraten. Die Stadt müsse die dauerhaften Betriebs- und Kapitalkosten – diese lägen in der Variante 1 bei etwa 2,1 Mio. Euro und in der Variante 2 bei zirka 1,45 Mio. Euro im Jahr – aus ihrem Haushalt finanzieren, Fördermittel des Landes oder Bundes würden an dieser Stelle nicht helfen.

Was die allgemeine Ausrichtung des neuen Bades betrifft, sieht die CDU den Schwerpunkt „eindeutig auf Sport- und Gesundheitsschwimmen“ – mit einer Ergänzung im Bereich für Familien mit Kleinkindern. Es müsse sichergestellt sein, dass die mindestens notwendigen Bedingungen für Schulen und Vereine und deren Prüfungsordnungen erfüllt werden. Dazu sei es notwendig, dass die vorhandenen Schwimmkapazitäten „eine gleichzeitige Nutzung von Vereinen und (eingeschränkt) der Öffentlichkeit ermöglichen“. Daraus

folgt für die CDU, dass das Schwimmbecken im Hallenbad nicht, wie vorgesehen, aus vier, sondern aus fünf Bahnen besteht. Zusätzlich dazu müsse eine ganzjährig nutzbare Sprunganlage mit entsprechender Beckentiefe für die Abnahme der Schwimm- und Tauchprüfungen geschaffen werden.

Auch fordert die CDU, den demographischen Wandel bei der Gestaltung insbesondere des gesamten Hallenbadbereiches mit zu berücksichtigen, diesen senioren- und behindertengerecht sowie barrierefrei auszulegen. Steenmanns erinnert daran, dass das Bad für die nächsten mindestens 30 Jahre gebaut und sich der Anteil der Älteren in der Bevölkerung erhöhen werde.

Zudem will die CDU wissen, welche ressourcensparenden Techni-

Anbindung und Förderung

■ **Ein weiterer Punkt** in dem Positionspapier der CDU ist die Forderung, die Anfahrts- und Parksituation am Badgelände an der Allee auf die Zukunft auszurichten – dazu gehört für sie auch eine Elektro-Ladeinfrastruktur. Zudem müsse der zentrale Schwimmstandort zwingend an den ÖPNV und/oder ein Bürgerbussystem angeschlossen sein.

■ **Bei allen Maßnahmen** soll, fordert die CDU weiter, ein besonderes Augenmerk auf die Förderfähigkeit im Rahmen von Förderprogrammen des Bundes und Landes gelegt werden.

ken sowohl mit Blick auf die Energieversorgung als auch auf die Wasserzuführung möglich sind. Die Verwaltung möge aufzeigen, wie gerade der dauerhafte Betrieb des Bades möglichst klima- und ressourcenschonend dargestellt werden kann.

Für „entbehrlich“ hält die CDU einen Gastronomiebetrieb. Stattdessen plädiert sie dafür, „eine einladende Verzehrzone“ – gegebenenfalls ergänzt um einen Selbstbedienungsautomaten – einzurichten. Zweifel äußert Frank Steenmanns mit Hinweis auf Angebote in der Umgebung und angesichts der höheren Investitionskosten an der Notwendigkeit, eine Textilsauna vorzuhalten. Hier gelte es zu prüfen, inwieweit es sich negativ auswirken würde, wenn dieses Angebot in dem neuen Voerder Kombibad fehlen würde. P.K.

Anzeige